

Protokoll

über die 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales
der Stadt Wedel am Dienstag
dem 02.06.2015, im Sitzungsraum Wolgast des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:03 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener

Vorsitzender

Frau Ingeborg Dehn

Frau Heidemargret Garling

Frau Ursula Lauenstein

Frau Renate Werner

stellvertr. Ausschussmitglied

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan

Frau Gudrun Nagel

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gudrun Jungblut

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis

Frau Jutta Kross

stellvertr. Vorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Anne Szews

Fraktion DIE LINKE:

Frau Barbara Kautz

stellvertr. Ausschussmitglied

Seniorenbeirat:

Herr Hans-Joachim Dahm

Frau Dr. Sigrun Klug

Jugendbeirat:

Frau Felicia Verter

Verwaltung:

Herr Niels Schmidt

Bürgermeister



Protokoll der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Jugend und
Soziales
vom 02.06.2015

Herr Ralf Waßmann	Fachbereichsleiter
Frau Yvonne Wild	Schriftführerin
Herr Oliver Wleklinski	Fachdienstleiter
Herr Jens Zwicker	Fachdienstleiter 2-10

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Jan Lüchau

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Aysen Ciker

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Seniorenbeirat:

Herr Wilfried Horn

Jugendbeirat:

Frau Lucie Stacy Haase	stellv. Vorsitzende
Herr Tai Tran	

Anwesend sind weiterhin Frau und Herr Palm für die AWO, Ortsverein Wedel e.V. und ein Vertreter der Presse.

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Degener alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Degener weist darauf hin, dass unter dem TOP 7.1 „Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen“ Belange, die schützenswerte Daten Dritter betreffen, benannt werden. Nach einer kurzen Erörterung auf Nachfrage Frau Jungbluts und Verneinung der Frage, ob der TOP 5 „Tagesstätte der AWO Ortsverein Wedel e.V.“ davon betroffen sein könnte, bittet Herr Degener um **Abstimmung**, ob die Öffentlichkeit für den TOP 7.1 ausgeschlossen werden soll:

11 Ja/0 Nein/1 Enthaltung.

Die Öffentlichkeit wird für den TOP 7.1 ausgeschlossen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte inkl. Protokolle Seniorenbeirat
- 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 19. Sitzung vom 05.05.2015
- 4.) Berichtswesen der Stadt Wedel
hier: Jahresbericht 2014 des Diakonievereins Migration e.V. Pinneberg
Vorlage: MV/2015/049
- 5.) Tagesstätte der AWO Ortsverein Wedel e.V.
hier: Abschluss eines Vertrages und einer Leistungsvereinbarung
erste Lesung
Vorlage: BV/2015/053
- 6.) Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 6.2 Mobilunterkunft Ansgariusweg;
hier: Darstellung von Mehrkosten
wird nachgereicht
Vorlage: MV/2015/046
 - 6.3 Statistik Asylbewerberinnen und Asylbewerber
 - 6.4 Verschiedenes

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 7.) Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 8.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Inak bringt einen Fragenkatalog zum Thema Flüchtlingspakt mit, der diesem Protokoll beigelegt wird. Er bittet die Verwaltung um Beantwortung der Fragen.
Diese wird ihm zugesichert.

2.) Anhörung der Beiräte inkl. Protokolle Seniorenbeirat

Herr Degener weist darauf hin, dass zwei Protokolle des Seniorenbeirates vorliegen.
Frau Jacobs-Emeis hat eine Frage zum Protokoll vom 25.03.2015, Punkt 6 und möchte wissen, ob Anrufe an Ältere vermehrt vorkommen. Sie zeigt sich entsetzt.
Frau Dr. Klug bejaht dieses und erläutert, dass die Firmen, die sich dahinter verbergen, schwer greifbar sind. Die Anrufe gehen vermehrt bei der entsprechenden Zielgruppe ein.

Herr Degener hat eine Frage zum gleichen Protokoll, Punkt 7: Er möchte wissen, warum für die Erweiterung der Boulefläche im Bürgerpark eine Erlaubnis der Kirche erforderlich ist. Aus dem Gremium kommt der Hinweis, dass die Fläche lediglich von der Kirche gepachtet ist. Den anwesenden Vertretern der Verwaltung ist zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, ob in der Sache etwas unternommen wurde. Herr Degener bittet darum, das Anliegen zu begleiten.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 19. Sitzung vom 05.05.2015

Herr Degener fragt, ob es Änderungswünsche zum Protokoll der letzten Sitzung gibt. Da dies nicht der Fall ist, bittet er um Zustimmung für das Protokoll.

Der Ausschuss beschließt mit 10 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen:

Das Protokoll der 19. Sitzung vom 05.05.2015 wird genehmigt.

4.) Berichtswesen der Stadt Wedel

hier: Jahresbericht 2014 des Diakonievereins Migration e.V. Pinneberg
Vorlage: MV/2015/049

Herr Degener begrüßt Frau Steeck und Frau Appun für den Diakonieverein Migration e.V. und bittet das Gremium darum, direkt Fragen zum Jahresbericht zu stellen.
Frau Jacobs-Emeis erkundigt sich nach dem Ausbildungsstatus der Ratsuchenden; auf Seite 4 oben wäre zu lesen, dass lediglich 22% der Ratsuchenden über eine Berufsausbildung verfügen, auf Seite 4 unten ist beschrieben, dass viele der neu in die Beratung kommenden Besucherinnen und Besucher über eine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügen.



Frau Steeck erläutert, dass viele der aus Syrien stammenden Flüchtlinge einen hohen Abschluss mitbrächten. Die oben genannten Besucherinnen und Besucher ohne Ausbildung seien häufig Ratsuchende, die aus der Türkei oder den osteuropäischen Ländern stammen. Frau Jacobs-Emeis erkundigt sich weiterhin, warum in der Reihe der auf Seite 6 benannten Kooperationspartner viele Institutionen benannt werden, jedoch nicht das DRK Wedel. Mit der angebotenen Sprachpartnerschaft bestehe eine Zusammenarbeit, die in ihren Augen in der Auflistung fehle.

Frau Steeck erläutert, dass es hier damals noch keinen Berührungspunkt gab; dies möge sich in der näheren Vergangenheit geändert haben.

Herr Dr. Bakan hat eine Nachfrage zu der auf Seite 5 benannten Nachhilfe an den Schulen. Er möchte wissen, ob die Nachhilfe im Fach Deutsch oder allgemein nachgefragt wird. Frau Steeck erläutert, dass die Nachhilfe in allen Bereichen nachgefragt wird, häufig sei die Sprache ein Grund. Aber zum Beispiel im Fach Mathematik gebe es teils auch besondere Problemstellungen; in Afghanistan werde Mathe zum Beispiel nach einem ganz anderen System gelehrt als es in Europa der Fall sei. Deshalb ist es für die betroffenen Eltern unmöglich, den Kindern zu helfen; es sei aber auch schwierig, eine Nachhilfelehrkraft zu gewinnen, da die verschiedenen Systeme zu großen Verständnisproblemen führten. Die Probleme beginnen häufig im Grundschulalter; schwierig sei, dass Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nur gewährt werden, wenn die Versetzung gefährdet ist. Deshalb würden viele Anträge nach langer Bearbeitungsfrist letztlich abgelehnt werden. Herr Dr. Bakan erkundigt sich weiterhin, wer die Deutschkurse an der VHS für Menschen ohne gesicherten Aufenthalt finanziert. Aus dem Gremium kommt der Hinweis, dass die Stadt Wedel dies im Rahmen des Integrationskonzeptes bezuschusse.

Weiterhin hinterfragt Herr Dr. Bakan die im Ausblick auf Seite 7 getroffene Formulierung, dass es sinnvoll wäre, das Sprachpatenprojekt auf Flüchtlinge geöffnet werden sollte. Ihn interessiert, wer diese Überlegung anstellen solle. Frau Steeck antwortet dazu, dass dies eine Aufgabe für ihre Nachfolgerin Frau Appun und Frau Wolff sei. Herr Degener sichert die Unterstützung des Ausschusses, wenn möglich, zu.

Frau Kross greift die Aussage zur Ehrenamtlichenarbeit auf Seite 7 auf und vertritt die Meinung, dass durch den Antrag der SPD-Fraktion und die bereits eingerichteten 10 Wochenstunden zur Koordinierung der Arbeit, ein guter Anfang gefunden wurde, dass aber durchaus noch eine Aufstockung notwendig sei.

Frau Steeck erläutert dazu, dass die Betreuung und Koordinierung der ehrenamtlich Engagierten viel Zeit und Kraft erfordere und neben der eigentlichen Arbeit nicht zu bewältigen sei. Aus ihrer Sicht können 10 Wochenstunden dazu kaum ausreichend sein. Herr Dr. Bakan erkundigt sich, ob die Aufgabenfelder der Migrationsberatungen von Diakonie und Caritas sich 1:1 decken oder ob es differenzierte Bereiche gibt. Frau Steeck antwortet dazu, dass die Beratung der Caritas vom Bund finanziert wird und für Menschen gedacht sei, die bis zu drei Jahre in Deutschland sind und ein Bleiberecht haben. Die Diakonie berät auch viele andere Personengruppen, zum Beispiel Flüchtlinge, was Frau Wolff nicht darf. Weiterhin gibt es durch gewisse Spezialisierungen der Mitarbeiterinnen den Effekt, dass sie sich einige Fälle gegenseitig zuweisen. So berate Frau Steeck häufig Ratsuchende mit psychischen Problemen, da sie über eine Ausbildung in dem Bereich verfüge.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Herr Degener bei Frau Steeck und Frau Appun, wünscht beiden alles Gute und verabschiedet sie.

5.) Tagesstätte der AWO Ortsverein Wedel e.V. hier: Abschluss eines Vertrages und einer Leistungsvereinbarung

erste Lesung
Vorlage: BV/2015/053

Herr Degener begrüßt Frau und Herrn Palm, die für die AWO anwesend sind. Dann bittet er darum, dass über den Tagesordnungspunkt nicht mehr breit diskutiert werden sollte, da bereits im Vorfelde viele Punkte besprochen wurden und der vorliegende Vertragsentwurf das Ergebnis einer langen Verhandlung sei. Herr Degener berichtet, dass er vor der Sitzung eine Abfrage bei den Fraktionen gemacht habe und aufgrund der Gespräche der Meinung sei, dass eine Einigung in der heutigen Sitzung möglich sein sollte. Er weist darauf hin, dass es zwei Alternativen gibt, die zur Abstimmung gestellt werden können: Einen 5-Jahres-Vertrag mit einer von der AWO getätigten Investition von rund 30.000,- € oder einen 10-Jahres-Vertrag mit einer von der AWO getätigten Investition von rund 60.000,- €, jeweils aus Eigenmitteln.

Herr Degener möchte zunächst um Abstimmung des weitergehenden Vorschlages, als den 10-Jahres-Vertrag abstimmen lassen und berichtet, dass die CDU dem zustimmen wird.

Frau Kross erklärt für die SPD, dass die Fraktion über die Vorlage beraten habe und dieser zustimmen werde; die SPD sei aber für die 5-Jahres-Variante.

Herr Degener weist darauf hin, dass die Stabstelle Prüfdienste den Vertrag geprüft habe und spricht seinen Dank dafür aus. Zu den vorgeschlagenen Laufzeiten von 5, beziehungsweise 10 Jahren erläutert er, dass diese zwecks besserer Planungssicherheit für die AWO gewählt wurden.

Frau Jungblut meldet sich dazu zu Wort und verleiht ihrem Unverständnis Ausdruck, dass an dieser Stelle aus ihrer Sicht die Gleichbehandlung verletzt wird. Zum Beispiel die VILLA habe nur einen Vertrag für ein Jahr bekommen, andere ebenfalls.

Sie erklärt für die Fraktion DIE GRÜNEN, dass sie einem 3-Jahres-Vertrag, maximal aber einem 5-Jahres-Vertrag zustimmen könne. Weiterhin erklärt sie, dass die GRÜNEN es unmöglich fänden, dass die Deckelung für die Investitionskosten wegfalle. Und Einnahmen und Spenden müssten auch auf den Zuschuss angerechnet werden.

Herr Degener erinnert an die damaligen Vertragsverhandlungen für die Tagesstätten und vertritt die Meinung, dass ein Vergleich zwischen VILLA und AWO nicht passend sei.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die AWO erhebliche Investitionen aus Eigenmitteln tätigen möchte, dies sei ein ungewöhnlich hoher Einsatz von Eigenkapital. Diese Situation erfordere auch eine besondere Regelung.

Herr Schmidt ergänzt, dass das Thema Gleichbehandlung sehr schwierig sei. Die Erfahrung zeige, dass man nur Gleiches auch gleich behandeln kann. Aus seiner Sicht sei der Vertrag in der vorliegenden Form ausgesprochen fair. Zur Deckelung sei zu sagen, dass nicht automatisch ein Anspruch der AWO begründet sei, sondern dass der Ausschuss jeweils über einen Antrag entscheidet.

Herr Degener betont, dass die wirtschaftliche Situation bei AWO und DRK sich sehr unterschiedlich darstellt.

Frau Jungblut geht nochmals auf das Thema Gleichbehandlung ein und legt dar, dass allen Vereinen und Verbänden Kürzungen ins Haus gestanden hätten. Eine derart lange Vereinbarung sei ein Novum und als Extrem zu betrachten. Wenn es für alle Kürzungen gebe, dann müsse es auch für die AWO Kürzungen geben.

Herr Degener kritisiert, dass in dieser Ausführung zwei Dinge vermischt würden. Auch bei der AWO sei gekürzt worden. Und auch die GRÜNE-Fraktion habe erklärt, einem 5-Jahres-Vertrag zustimmen zu wollen, was letztlich auch ein Verstoß gegen die eben gehörten Ausführungen sei.

Herr Schmidt erläutert, dass heute zwei Varianten zur Entscheidung vorgelegt werden konnten. Beide Varianten beinhalteten das Einbringen von Eigenmitteln gegen Planungssicherheit und seien das Ergebnis einer langen Verhandlung. Um einen Vertrag zu schließen, brauche man einen Verhandlungspartner. Ohne die lange Planungssicherheit hätte es diesen nicht gegeben und die Verhandlung wäre gescheitert.



Frau Nagel ergänzt, dass die Gebäude der VILLA und der AWO nicht vergleichbar seien und dass bei der VILLA letztlich das Gebäude der Stadt gehöre, die alle Investitionen trage.

Herr Degener stellt eine Frage zu den Investitionen. Er interessiert sich dafür, wann die Gelder für den Fall, dass ein 10-Jahres-Vertrag geschlossen wird, umgesetzt werden sollen.

Frau Palm weist darauf hin, dass einige Renovierungen dringend notwendig seien, so dass diese zeitnah umgesetzt werden müssen. Und sie möchte klar stellen, dass das Spendenaufkommen der AWO nicht sehr groß sei.

Herr Palm ergänzt, dass die Arbeiten in den nächsten ein bis zwei Jahren durchgeführt werden sollen.

Frau Nagel erklärt für die WSI-Fraktion, dass sie auch wegen der Einbringung von Eigenmitteln in einer erheblichen Höhe für die Variante mit 10 Jahren Planungssicherheit sei.

Frau Szews erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie es genauso sehe.

Herr Degener bittet sodann um Abstimmung über den Beschlussvorschlag, zunächst mit der Alternative, den Vertrag für 10 Jahre zu schließen:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat mit 9 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales empfiehlt dem Rat zu beschließen, mit der Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wedel e.V. den Zuschussvertrag einschl. Leistungsvereinbarung zum Betrieb der AWO-Tagesstätte abzuschließen.

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt nichts zu berichten.

6.2.) Mobilunterkunft Ansgariusweg; hier: Darstellung von Mehrkosten wird nachgereicht Vorlage: MV/2015/046

Frau Nagel kritisiert die Form der Vorlage; ihr würden sich die Mehrkosten nicht erschließen.

Frau Garling schließt sich an und erklärt, die CDU-Fraktion habe sich sehr geärgert über die Aufstellung. Sie hätten sich eine Trennung der ursprünglichen Kosten zu den Mehrkosten in Tabellenform gewünscht.

Herr Zwicker erklärt, dass es gar nicht möglich war, eine Planung aufzustellen, da sich die Eilbedürftigkeit sich kurz vor der Haushaltsplanung ergeben hat, so dass lediglich die Kosten für das Fundament eingestellt wurden. Die hier dargestellten Kosten wurden komplett aus Bauunterhaltungsmitteln getragen, also zu Lasten anderer Maßnahmen.



Herr Schmidt ergänzt, dass derzeit im ganzen Land Container aufgestellt werden, so dass die Kosten für diese durch die Decke gegangen seien. Erfahrungswerte würden hier also nicht mehr greifen. Durch die Eilbedürftigkeit sei keine Planung möglich gewesen. Dazu gebe es in Schleswig-Holstein teils andere Bestimmungen als in anderen Bundesländern, so dass Erfahrungswerte aus anderen Kommunen ebenfalls nicht griffen.

Die Prüfung der Stabsstelle Prüfdienste habe ergeben, dass der immense Zeitdruck Schuld für Fehler im Ablauf gewesen sei. Dass die Räume jetzt schon voll belegt seien und es weiteren Bedarf gebe, zeige, wie groß der Druck sei.

Frau Dehn erkundigt sich, ob es eine Ausschreibung gegeben habe.

Herr Zwicker berichtet, dass für die einzelnen Gewerke Angebote eingeholt worden seien.

Herr Dr. Bakan stellt fest, dass Erfahrungswerte gefehlt hätten; diese seien nun für zukünftige Objekte vorhanden.

Er möchte weiterhin wissen, ob die Kosten vollständig im Haushalt 2014 abgewickelt wurden. Dies wird bejaht.

Frau Nagel erkundigt sich, ob nicht eine entsprechende Information an den Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss oder den Ausschuss für Jugend und Soziales hätte gegeben werden müssen.

Herr Schmidt betont, dass es in der Situation primär um Aufgabenerfüllung ging. Um die Transparenz zu erfüllen, werde nun hier berichtet.

Herr Degener erklärt ebenfalls, dass er sich eine frühere Information gewünscht hätte. In der Fraktion hätte es eine große Verärgerung gegeben.

Für den Ausschuss für Jugend und Soziales richtet er die Bitte an die Verwaltung, die Informationen zukünftig Stück für Stück in den Ausschuss zu geben.

Herr Dr. Bakan bekräftigt die Bitte und meint, wenn die Zahlen schon länger vorgelegen hätten, hätten diese auch früher an die Politik gehen sollen.

Frau Jacobs-Emeis weist darauf hin, dass die Überschrift „Darstellung von Mehrkosten“ für Irritationen gesorgt hätte; diese hätte anders formuliert werden sollen.

Sie bittet weiterhin darum, dass im Falle des Baus einer Notunterkunft am Bullenseedamm hier feste Bauten geplant werden sollten.

Frau Szews weist darauf hin, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales eigentlich keine Finanzdetails benötige, aber dass inhaltliche Informationen wichtig seien. Zum Beispiel, wann die Einheiten bezugsfertig würden.

Frau Garling fragt, warum nicht weitere Container geplant würden.

Herr Zwicker berichtet, dass durch die Bedingungen und Auflagen es sehr aufwändig war, die Container bewohnbar zu machen. Weiterhin seien die Kosten für Container unglaublich in die Höhe gegangen. Zum Vergleich: Die Container für die Schulen acht Monate früher hatten 72.000,- € gekostet. Heute würden sie 151.000,- € kosten, weil die Nachfrage durch die Flüchtlingssituation dramatisch angestiegen sei.

Herr Schmidt vertritt die Meinung, dass die Containerlösung kein Dauerzustand werden solle. Er betont, dass die Flüchtlingszahlen für einen enormen Zeitdruck sorgen.

Herr Waßmann ergänzt, dass die Lösung wäre, sofort Wohnraum zuweisen zu können.

Frau Dehn meldet sich zum Stichwort „Dauerzustand“ zu Wort und erinnert, dass die alte Unterkunft am Ansgariusweg auch kein Dauerzustand sein sollte; diese Unterkunft gebe es seit nunmehr 25 Jahren.

Weiterhin moniert sie den Zustand des Grundstückes und fragt, ob dort noch Arbeiten geplant seien. Auch würde dort eine Wäscheleine fehlen.

Herr Zwicker berichtet, dass es in der vergangenen Woche Abstimmungsgespräche für die Erledigung der letzten Arbeiten gegeben habe.

Herr Degener kommt sodann zur nachgereichten Unterlage BV/2015/048, dort als TOP 6 gekennzeichnet. Er erklärt, dass diese hier als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen werden soll und erwähnt, dass er sie sehr informativ finde.



Des Weiteren erkundigt er sich, wie die nachgereichten Unterlagen verteilt wurden. Aus dem Gremium kommen die Hinweise, dass nicht alle Anwesenden und der Seniorenbeirat die Unterlagen nicht erhalten hätten.

Die Verwaltung wird sich im Sitzungsdienst erkundigen, wie die Verteilung nachgereicherter Unterlagen geregelt ist und berichten.

Herr Dr. Bakan beschwert sich über die Form der Verteilung; es gebe drei verschiedene Vorlagen zu dem Thema in verschiedenen Ausschüssen, man hätte sich die Informationen zusammen suchen müssen. Er hat weiterhin eine inhaltliche Frage: Bei der Kostenaufstellung wäre die Einnahmeseite eine nützliche Gegenrechnung. Die Folgekosten je Quadratmeter erschienen ihm horrend hoch und er hinterfragt, ob dies bei städtischen Unterkünften so angebracht sei.

Frau Jacobs-Emeis erkundigt sich, ob hierfür Zuschüsse vom Land abgegriffen werden können.

Herr Wleklinski berichtet, dass es Zuschüsse in Form eines Darlehens in Höhe von 13.000,- € gab, diese seien aber bereits für eine andere Unterkunft aufgebraucht worden.

Herr Degener erklärt, dass die CDU wegen der Summe fassungslos sei. 2 Millionen seien indiskutabel.

Frau Garling erkundigt sich, inwieweit sich die Holz-Modul-Bauweise für eine spätere Nachnutzung eigne. Sie ergänzt, dass die Kosten nach der alten Planung für drei Unterkünfte gereicht hätten und hinterfragt die Kosten je Quadratmeter pro Person.

Frau Nagel weist darauf hin, dass die ursprünglichen 800.000,- € Kosten für eine Unterkunft gedacht waren, die Platz für 15 Personen gehabt hätte. Die 2 Millionen in der vorliegenden Vorlage sind Kosten für eine Unterkunft, die für 50 Personen Platz bieten wird. Insofern seien die Kosten pro Kopf gleich geblieben.

Herr Schmidt ergänzt, dass die Planzahlen auf alten Erfahrungen beruhten, aber nicht mit den durch die jetzigen Flüchtlingszahlen gestiegenen Angebotspreise konform gehen. Er habe die Bitte an Herrn Zwicker gegeben, bei seinen Planungen einen Puffer einzubauen, um die durch steigende Nachfrage steigenden Kosten abzudecken.

Herr Zwicker erläutert die Bauweise; Holzmodule seien nicht schlechter als eine andere Bauweise, aber deutlich schneller. Bei dem Verfahren handele es sich um eine heutzutage gängige Bauweise, bei der vorgefertigte Module auf der Baustelle zusammen gesetzt würden.

Herr Degener fragt, ob es sich dabei nicht um Holzhäuser handele. Dies wird verneint.

Herr Zwicker erläutert, dass die Abschreibung rein buchhalterisch kürzer ist, was aber keine Aussage über die Haltbarkeit der Häuser trifft.

Herr Schmidt ergänzt, dass die Bauweise auch deshalb empfohlen wurde, weil so Bäume auf dem Grundstück erhalten werden könnten.

Natürlich müsse noch das Ergebnis des Bürgerentscheides abgewartet werden; Planungen müssten aber trotzdem schon gemacht werden, um nicht noch weitere Zeit zu verlieren, wenn dort gebaut werden dürfe.

Frau Kautz erkundigt sich, ob die Kosten für die Verlegung des Fußweges noch dazu kämen.

Herr Zwicker antwortet dazu, dass diese bereits enthalten seien. Er betont, dass dies heute eine grobe Schätzung sei und dass Reserven mit eingeplant seien.

Herr Dr. Bakan möchte positiv anmerken, dass der die Aufteilung auf dem Grundstück passend fände.

Frau Kross erkundigt sich, ob es Fördergelder gebe. Sie habe gehört, dass durch die Überfüllung der Erstaufnahme in Neumünster Asylsuchende direkt den Kommunen zugewiesen würden; sie fragt sich, ob das Land die Kosten dafür trage.

Herr Wleklinski berichtet, dass es derzeit keine Zuschüsse, lediglich Darlehen dafür gebe.

Herr Waßmann erläutert, dass es eine Erhöhung der Betreuungspauschale geben soll, aber was in Wedel konkret ankommen wird, sei noch unbekannt.



6.3.) Statistik Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Herr Wleklinski betont, wie schwierig die Datenbasis für die Schätzung des Bedarfs in den Notunterkünften ist; die vorliegenden Schreiben des Landes verdeutlichen, dass sich die Zahlen in acht Monaten verdoppelt haben. Wedel hat in 2015 bisher 65 Asylsuchende und 18 Obdachlose untergebracht.

Herr Waßmann ergänzt, dass auch aus diesem Grunde die Vorlage zur Feldstraße dem Ausschuss heute zur Kenntnis gegeben wurde. Die Dimension der unterzubringenden Menschen sei sehr umfangreich und man wisse nicht, wie man die Ausschüsse über die sich stetig ändernden Zahlen und den damit entstehenden Bedarf stets zeitnah informieren könne.

Herr Schmidt berichtet, dass es Signale gebe, dass die Zahl der Asylsuchenden aus dem Kosovo zumindest wieder sinke. Die große Reisewelle, die durch falsche Versprechungen von Schleuserbanden ausgelöst wurde, sei durch Berichte von Kosovaren, die über die tatsächlichen Bedingungen berichten, abgeebt. Dennoch bleibe die Zahl insgesamt hoch.

6.4.) Verschiedenes

Herr Waßmann berichtet von einem Treffen mit den in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Engagierten in der vorigen Woche bei der VHS. Es wurde deutlich, dass der Aufgabenbereich von Frau Samadi noch einiger Abstimmung bedürfe. Es werden sehr viele Einzelanfragen an sie gerichtet, die mit 10 Wochenstunden schwer zu bewältigen seien. Es wurde bei dem Treffen die Vereinbarung getroffen, dass die Aktiven während ihres ehrenamtlichen Engagements einen Versicherungsschutz genießen. Einige Grundsatzfragen befänden sich in der Klärung. Es solle eine monatliche Arbeitskreissitzung stattfinden.

Klärungsbedürftig sei die Form der Erstausrüstung in den Unterkünften. Hier gingen die Vorgaben des Kreises und die Vorstellungen der Helferinnen und Helfer sehr weit auseinander. Aufgrund der vielen Einzelfragen sei hier eine Struktur dringend erforderlich. Herr Degener fragt, ob die Standards hier höher angesetzt werden, als sie leistbar seien. Herr Waßmann bejaht dies und erklärt, dass es dafür leider keine Akzeptanz gebe. Wichtig sei, dass die Anfragen kanalisiert würden.

Herr Schmidt ergänzt, dass dies auch ein Lernprozess sei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten seit vielen Jahren Erfahrungen in dem Bereich. Die ehrenamtlich Tätigen treffen auf Menschen und möchten hier vieles in die Hand nehmen und für sie aus ihrer Sicht bestmöglich regeln.

Herr Dr. Bakan erkundigt sich, ob es denkbar sei, sie zu ermutigen, eine Struktur im Sinne eines Vereines o.ä. zu erschaffen.

Herr Waßmann betont, dass hier nicht der Eindruck einer Bevormundung entstehen dürfe. Es gebe sehr viel Einzelengagement, was durch eine Vereinsstruktur eventuell abgeschreckt werden würde.

Herr Schmidt betont, dass die gestellten Ansprüche von der Kommune nicht 1:1 leistbar seien. Dies müsse deutlich werden.

8.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Protokoll der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Jugend und
Soziales
vom 02.06.2015

Herr Degener stellt um 21:02 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend. Er dankt allen Anwesenden für die Mitarbeit, wünscht einen guten Heimweg und schließt die Sitzung um 21:03 Uhr.

Vorsitzende/r

Yvonne Wild
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift _____

